

**Postulat der CVP-Fraktion:
«Teilrevision Feuerschutzgesetz**

Der Kantonsrat hat sich 1997 (Postulat 43.95.15) letztmals mit dem Stand des Feuerwehrwesens befasst. Der Bericht «Zusammenarbeit der Feuerwehren im Kanton St.Gallen» wurde im Grundsatz positiv aufgenommen. Mit diesem Bericht wurde auch die Grundlage für das Bonus-Malus-System gelegt, welches den Zusammenschluss der Feuerwehren forcieren sollte. In dieser Hinsicht konnten auch verschiedene Verbesserungen erzielt werden.

Zwischenzeitlich sind erhebliche Veränderungen in der Sicherheitslandschaft eingetreten. Mit der neuen Bevölkerungsschutz-Gesetzgebung auf den Stufen Bund und Kanton ist die Zusammenarbeit unter den Einsatzdiensten von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz noch wichtiger geworden. Wie wichtig die Zusammenarbeit innerhalb des Verbundsystems Bevölkerungsschutz heute ist, haben verschiedene Naturereignisse, aber auch technisch bedingte Grossereignisse in jüngster Zeit eindrücklich gezeigt. Auch die Feuerwehren können heute bei ihren Einsätzen kaum mehr unabhängig von anderen Partnerorganisationen operieren.

Diese veränderte Ausgangslage ruft nach einer Standortbestimmung durch den Kantonsrat. Die aktuell laufende Vernehmlassung über die Vollzugsverordnung zum Feuerschutzgesetz und die vorhergesehene Änderung der Subventionspraxis zeigen, dass verschiedene Bestimmungen und Normierungen sehr wohl grundsätzlicher Art sind und in einer Auslegeordnung zum Feuerwehrwesen bzw. in einer Teilrevision des Feuerschutzgesetzes durch das Parlament beraten werden müssen. Das Feuerwehrwesen ist aber auch derjenige staatliche Bereich, bei welchem die Freiwilligenarbeit wohl am stärksten ausgeprägt ist. Entsprechend sind gute Rahmenbedingungen für die Zukunft von elementarer Bedeutung.

Des Weiteren hat es die Regierung im Rahmen der Departementsreform abgelehnt, ein Sicherheitsdepartement unter Einbezug des Feuerwehrwesens zu schaffen – ein Entscheid, der vor dem Hintergrund des Bevölkerungsschutzes schwer nachvollziehbar ist.

Die CVP-Fraktion lädt die Regierung ein, dem Kantonsrat Bericht zu erstatten über den Stand des Feuerwehrwesens und die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen sowie den aktuell sich abzeichnenden Gesetzgebungsbedarf inkl. künftiger Subventionspraxis. Dabei soll die Regierung auch Auskunft darüber geben, wieso sie die Schaffung eines Sicherheitsdepartements unter Einschluss der Feuerwehr abgelehnt hat.»

25. September 2006

CVP-Fraktion